

Kölner Bündnis für gerechten Welthandel

Menschen verlieren – Konzerne profitieren

Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn

Die Verknappung und Verteuerung von Wohnraum betrifft in erster Linie Haushalte mit unter-durchschnittlichem Einkommen, egal ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. In wachsenden Großstädten ist die Not besonders groß. Das ist ein Skandal, der alle politischen Kräfte herausfordern muss, denn bezahlbares Wohnen ist zweifellos ein absolut notwendiges Gut, das der sog. freie Markt offensichtlich nicht zur Verfügung stellt. Stattdessen entziehen marktorientierte Spekulationen von Investoren wie von Privaten dem sog. Wohnungsmarkt immer mehr preiswerte Wohnungen. Das Auslaufen des Sozialen Wohnungsbaus und der Gemeinnützigkeit der Wohnungsgenossenschaften reduziert das Angebot an bezahlbaren Wohnungen immer weiter.

Dies ist eine gewollte politische Entwicklung, die von der Ideologie einer "marktgerechten Demokratie" (Merkel) und der Profitgier großer und kleiner Investoren getrieben ist. Der kaum noch regulierte Wohnungsmarkt wurde über Jahrzehnte durch politische Entscheidungen immer stärker auch internationalen Finanzinvestoren unterworfen. Das lässt die Mieten explodieren, denn diese renditeorientierten Immobilienunternehmen (*Goldman Sachs, Fortress, Morgan Stanley, Blackstone, Oaktree Capital, Cerberus, Whitehall, Patrizia, Deutsche Annington, Vonovia, Deutsche Wohnen und andere*) haben an bezahlbaren Mieten kein Interesse. Sie sind Teil des Problems.

Die wichtigsten Fehlentwicklungen, die wir bekämpfen müssen, sind:

... ==>

Aktiv werden:

- Mitmachen beim Kölner Bündnis für gerechten Welthandel:
<https://no-ttip-koeln.de/aktiv-werden/>
- Europäische Initiative 'Menschenrechte schützen - Konzernklagen stoppen!' unterschreiben:
<https://stopisds.org/de/>
- Teilnahme an der Verfassungsbeschwerde gegen die Ratifizierung des JEFTA-Abkommens:
<https://www.change.org/p/10784570/u/23285648>
<https://drive.google.com/file/d/1kerMGeD10LUPt0SDSJYtBs8GLs7Y2js0/view>

Gemeinsam gegen Verdrängung und
#MIETENWAHNSINN



Kölner Bündnis für gerechten Welthandel

Menschen verlieren – Konzerne profitieren

... <==

1. Die zu geringe finanzielle Ausstattung der Gemeinden, insbesondere der großen Städte. Die Finanznot und die Schuldenbremse trieben viele Städte nach 1990 in den Verkauf ihres "Tafelsilbers", auch ihrer Wohnungsbestände. Außerdem wurden ihre kommunalen Wohnungsunternehmen durch die Regierungen in Bund und Ländern geschwächt und somit Privatisierungen im großen Stil forciert. Die Städte brauchen eine Finanzierung, die es ihnen ermöglicht, solidarisch und qualitativ gut die kommunalen Dienste zu erbringen, die alle brauchen, vor allem die Bürger mit geringeren Einkommen.

2. Die sog. "Freihandelsverträge" erhöhen den Druck zur Privatisierung und Deregulierung, besonders hinsichtlich der öffentlichen Dienste und der Daseinsvorsorge für alle. Sie sind angesichts der ungleichen und ungerechten Einkommens- und Lebensbedingungen in den EU-Ländern absolut kontraproduktiv. Sie erhöhen Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung der Schwächeren in unseren Gesellschaften. Dagegen wehren wir uns vom **Kölner Bündnis für gerechten Welthandel** und unterstützen die Demonstration „**Gemeinsam gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn**“ für eine weitgehende Umkehr in der Wohnungspolitik!

Wir müssen in Deutschland und in der Europäischen Union den weiteren Ausbau der unsozialen und unsolidarischen Deregulierungspolitik der Neoliberalen in den meisten Regierungen und in der EU-Kommission stoppen! Nicht zuletzt durch unsere entsprechende Beteiligung bei den anstehenden Europawahlen, insbesondere durch die Stimmabgabe für Parteien, die sich glaubwürdig gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge wenden.

3. Die demokratischen Errungenschaften im Sozial-, Arbeits- und Umweltrecht werden durch die Freihandelsverträge zugunsten der Investoren angegriffen. Die Freihandelsverträge begünstigen außerdem Schadensersatzforderungen der internationalen Unternehmen gegen Staaten, mit deren Planungen, Regulierungen bzw. Profiteinschränkungen die Konzerne nicht einverstanden sind. Dafür sorgen die privilegierten Klagerechte für Unternehmen gegen Staaten (ISDS-Schiedsgerichte / multilateraler Investitionsgerichtshof). Obwohl die Bevölkerung in Deutschland und EU-weit ihre Ablehnung dieser zusätzlichen, wirtschaftsfreundlichen Gerichte in großen Protestaktionen deutlich gemacht hat, betreiben die EU-Institutionen diese Politik immer weiter. Wir haben eine ordentliche Gerichtsbarkeit und brauchen keine zusätzlichen Schiedsgerichte für transnationale Konzerne!

4. Inzwischen wollen viele Kommunen die von ihnen verkauften Wohnungsbestände wieder zurückkaufen (Re-Kommunalisierung). Es ist absehbar, dass dies die öffentliche Hand sehr viel Geld kosten wird, denn die vor 10 oder 15 Jahren verkauften Wohnungsbestände sind "auf dem Markt" inzwischen ein Vielfaches wert. Dieses unseriöse Spekulieren mit dem Grundgut Wohnung (früher öffentlich mitfinanziert) muss beendet werden! Hierzu sind Bund, Länder und Gemeinden gefordert, ihre Politik zu ändern, die Spekulationsgewinne abzuschöpfen und Mittel für die Rückkäufe verfügbar zu machen. **Das Recht auf gemeinwohlorientiertes Bauen und Wohnen muss erneuert und so schnell wie möglich durchgesetzt werden! Für die Menschen in Stadt und Land sind mehr Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand von Nöten! Keine neue Koalition bzw. Regierung ohne diese Verpflichtungen!**